



DIE MANAGER DER NAZIS

Wohl kalkuliert und bereitwillig hat sich die deutsche Großwirtschaft in Hitlers militärisch-industriellen Komplex eingefügt. Der I. G.-Farben-Konzern wurde aktiver Teil der Kriegsmaschine – er baute sogar ein eigenes KZ: in Auschwitz-Monowitz / VON NORBERT FREI

In der Frankfurter Konzernzentrale herrschte Unzufriedenheit. Vor ein paar Monaten erst hatte das Unternehmen ein überbeiltes politisches Engagement mit einer millionenschweren Bauruine bezahlt. Der „Gedanke eines wirtschaftlichen Aufschlusses des Ostraumes“, dem die I. G. Farben gern und gierig gefolgt waren, hatte sich als Flop erwiesen. Nun, so wollte es die Politik, sollte sich die Sünde wider Wettbewerb und Weltmarktpreise wiederholen – gegen alle ökonomische Vernunft und offenkundig vor dem Hintergrund riskanter Pläne.

Im Spätherbst 1940 rangen die Manager der I. G. Farben, wieder einmal, mit den Spitzen des Dritten Reiches. Ein Jahr zuvor, in der Aufbruchstimmung nach dem „Polenfeldzug“, als das eroberte Territorium nur darauf zu warten schien, den „neuen großen fabrikatorischen Stützpunkt für die I. G.“ abzugeben, hatte man sich auf den Bau einer Anlage für synthetischen Kautschuk im grenznahen Rattwitz bei Breslau verständigt; das Werk sollte die Produktion in Schkopau und Hüls ergänzen.

Doch dann war auch Frankreich gefallen wie im Spiel, und die nationalsozialistische Nachkriegszukunft verhieß ein deutsches Kolonialreich mit unbegrenztem Zugriff auf billigen Naturkautschuk. Noch mehr teures Buna aufwendig aus Kohle zu erzeugen ergab wirtschaftlich keinen Sinn; im Sommer 1940 ließ I. G.-Vorstand Dr. Otto Ambros die Baustelle Rattwitz einmotten.

Die verlorene Luftschlacht über England und die sich mehrenden Zeichen für einen langen Krieg veränderten die Situation schon wenig später allerdings erneut, jedenfalls aus der Perspektive der Rüstungsplaner, die nun nicht nur auf höhere Kapazitäten zur Herstellung des potenziell kriegswichtigen Buna drängten, sondern auch auf „luftgeschützte“ Produktion.

Wollte die I. G. ihr Kunstgummi-Monopol in Deutschland nicht gefährden, musste sie reagieren. Immerhin hatte das Regime mit der Gründung der „Reichswerke Hermann Göring“ demonstriert, dass es zur Durchsetzung seiner Autarkieziele auch vor



Buna-Werke in Auschwitz: Zur Arbeit oder direkt ins Gas

drastischen Eingriffen in die private Unternehmerwirtschaft nicht zurückschreckte.

Statt es zur Kraftprobe oder gar zum offenen Konflikt mit der NS-Führung kommen zu lassen, suchte der I. G.-Vorstand nach Wegen, das politisch Gewünschte mit dem ökonomisch Profitablen zu verbinden – was am Ende um so leichter fiel, als im neuen deutschen Osten glänzende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten winkten. Also entschloss sich der Konzern im Spätherbst 1940 dann doch, ein Buna-Werk „im Osten“ zu bauen. Wochen später stand auch der genaue Standort fest: Auschwitz.

Dieser moralfreie Pragmatismus war mitnichten eine Spezialität des größten deutschen Unternehmens: Es war die Basis jener verhängnisvollen Kooperation mit dem Regime, die die deutsche Wirtschaft in ih-

rer Gesamtheit seit 1933 eingegangen war. Dabei gab es zunächst deutliche Unterschiede. Anders als etwa bei den deutschen nationalen Häuptionern der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr konnte im vielköpfigen Vorstand der „Interessengemeinschaft Farbenindustrie A. G.“ von besonderer Nähe zum Nationalsozialismus vor der „Macht-ergreifung“ keine Rede sein. Ein einziges Vorstandsmitglied, so berichtet der amerikanische Historiker Peter Hayes, war 1932 für ein paar Monate in der NSDAP.

Allerdings gilt für die I. G. wie generell für die deutsche Industrie: Viel ist über die „Männer der Wirtschaft“ und ihr individuelles Verhalten im Dritten Reich noch immer nicht bekannt. Zwar mehren sich in den letzten Jahren – als Folge der Globalisierung und einer kritischen internationalen Öffent-

„Im Frieden für die Menschheit, im Krieg für das Vaterland.“

Fritz Haber, Erfinder der von BASF genutzten Ammoniakgewinnung



Buna-Vorstandschef Ambros (stehend), Mitangeklagte beim I. G.-Farben-Prozess 1947 in Nürnberg*: „Für gesundes Deutschtum“

lichkeit – die Unternehmensgeschichten: von VW über die Deutsche und die Dresdner Bank bis zu IBM. Managerbiografien aber sind noch immer äußerst dünn gesät.

Der Fall der I. G. Farben ist nicht allein wegen der Größe des Konzerns von besonderem Interesse, er ragt auch als moralisches Desaster heraus: Annähernd die Hälfte der 333 000 Menschen, die das 1925 zusammengefügte Kartell gegen Kriegsende in seinen 334 Betrieben beschäftigte, waren Fremd- und Zwangsarbeiter. Kein anderes Privatunternehmen war in höhe-

rem Maße Teil der Kriegsmaschine geworden – obwohl die Vorstellungen der Nationalsozialisten von einer rassenimperialistisch geprägten Großraumwirtschaft der ursprünglich liberalen Weltmarktorientierung des Unternehmens zuwiderliefen.

Doch seit dem „Benzinvertrag“ vom Dezember 1933, durch den es gelungen war, das Verlustgeschäft der synthetischen Treibstoffproduktion staatlich abzusichern, hatten die I. G.-Chefs begonnen, sich den neuen Gegebenheiten anzuzuwandeln. Zu den Feinheiten dieses Arrangements mit

dem „Führerstaat“ gehörte eine Personalie, die selbst in dem an Interessenverquickungen nicht armen Hitler-Reich ihresgleichen suchte.

Als es dem Regime nach der erstaunlich raschen Überwindung der Arbeitslosigkeit seit 1935 verstärkt darum ging, die Wirtschaft auf Autarkie und Rüstungsproduktion zu verpflichten, hatte der Konzern den richtigen Experten im Angebot: Vorstandsmitglied Carl Krauch. In der neu geschaffenen „Vermittlungsstelle W“ (W wie Wehrmacht) koordinierte er die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Reichsbehörden. Er tat dies offenkundig zur Zufriedenheit sowohl von Wirtschaftsminister Schacht als auch von Göring, dem kommenden starken Mann auf diesem Gebiet, der den promovierten Chemiker schon bald zum Leiter der Abteilung für Forschung und Entwicklung im „Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe“ machte.

Im Sommer 1936, als der „Führer“ höchstselbst auf dem Obersalzberg an der Vierjahresplan-Denkschrift feilte, arbeitete ihm der I. G.-Manager entgegen: mit detaillierten Berechnungen über die Verfüg-

Protestierende KZ-Überlebende*: „Industrielle Kriegsverbrecher“



* Oben: I. G.-Farben-Vorstandsmitglieder Heinrich Hörlein, August von Knieriem, Fritz ter Meer (vordere Reihe); Carl Lautenschläger, Hans Kühne, Wilhelm Mann und Monowitz-Betriebsmanager Walther Dürrfeld (hintere Reihe); unten: 1997 in Frankfurt am Main während der Hauptversammlung der „I. G. Farben in Abwicklung“.

„HEIL, HERR HITLER“

Ist der Parvenü Hitler dank Millionenspenden der Großindustrie an die Macht gelangt? Tatsächlich schafften die Nationalsozialisten den Aufstieg ohne nennenswerte Hilfe der Schlotbarone.

Normalerweise ließ der Düsseldorfer Industrieclub nur einen kleinen Konferenzraum im Parkhotel reservieren, wenn er seine Mitglieder zum Vortrag eines Gastredners lud. Der Clubvorstand wusste, dass üblicherweise lediglich ein Bruchteil der Mitglieder kommen würde.

Doch am Abend des 26. Januar 1932 war sogar der Große Ballsaal des Luxus-hotels überfüllt. Einige der über 600 Industriellen mussten stehen; zu spät Gekommene konnten nur noch in einem angrenzenden Raum über Lautsprecher mithören, was der Referent von der Rednertribüne im Ballsaal herab vortrug.

Es war Adolf Hitler, der Shooting Star der Polit-Szene Anfang der dreißiger Jahre, der dem vornehmen Industrieclub ein volles Haus bescherte. Die Unternehmer, Verbandsfunktionäre oder Syndizi wollten von ihm Näheres über die obskuren Wirtschaftsprogramme der Nationalsozialisten (NS) erfahren, die mal die Verstaatlichung der Banken und der Großindustrie forderten, mal das Privateigentum garantierten.

Hitler wusste natürlich, was das konservative Auditorium von ihm hören wollte – und was nicht. Er pries Leistungsprinzip und Privateigentum, wetterte gegen die Demokratie, in der die Fähigen von den Dummen, Feigen und Faulen majorisiert würden. Er geißelte die Vorstellungen von einer Wirtschaftsdemokratie und warnte, natürlich, vor dem Bolschewismus.

Dass der Parvenü Hitler vor einem so illustren Kreis auftreten durfte, werteten Sozialdemokraten und Kommunisten prompt als Beweis für das Zusammenspiel von Großkapital und NSDAP. Und auch linke Nazis, die – anders als Hitler selbst – das Sozialistische im Namen der Partei ernst nahmen, wurden misstrauisch, weil die NS-Propaganda den Abend in Düsseldorf als „Durchbruch bei den westdeutschen Industriekapitänen“ feierte.

So entstand und verfestigte sich das Bild vom Großkapital, das den Aufstieg Hitlers förderte, weil der versprach, die Macht der Linken zu brechen, und mit seinem Traum von der nationalen Wiedergeburt große Rüstungsaufträge verhiß. Wie sonst denn hätten die Nazis ihre Daueragitation finanzieren können, wenn nicht mit Millionen von Krupp, Klöckner und Co.? Und dankte nicht der „Führer“ nach 1933 sei-



Hitler, Ruhrindustrielle*: Hoffnung auf gefüllte Auftragsbücher

nen Gönnern, indem er die Linken ausschaltete und die Konzerne mit Rüstungsaufträgen eindeckte?

Richtig ist die These vom frühen Machtkartell der Reichen und der Braunen dennoch nicht. „Bei den Ereignissen, die Hitler schließlich an die Macht brachten“, konstatiert der US-Historiker Henry Turner, „spielte das Unternehmertum keine nennenswerte Rolle. Politisches Gewicht und politischer Einfluss, nicht wirtschaftliche Potenz, gaben beim Zustandekommen des Dritten Reiches den Ausschlag.“

Auch die Bedeutung des Düsseldorfer Treffens wurde weit überschätzt. Die wirklich einflussreichen Industriellen an Rhein und Ruhr waren dem Abend ferngeblieben oder zeigten sich enttäuscht.

Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Chef des Hauses Krupp und Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Paul Reusch, Vorstands-

vorsitzender der Gutehoffnungshütte, Fritz Springorum vom Hoesch-Konzern, Stahlmagnat Peter Klöckner und Paul Silberberg, Herr über das größte Braunkohle-Unternehmen, mochten sich nicht dem Volkstribun im Ballsaal zu Füßen setzen. Krupp schützte einen anderen Termin vor.

Albert Vögler, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, und dessen Stellvertreter Ernst Poensgen waren zwar erschienen, aber angetan von Hitlers Rede waren sie keineswegs. Vögler warnte, aus Düsseldorf heimgekehrt, „aufs Eindringlichste vor den nationalsozialistischen Experimenten“, berichtete der Dortmunder „Generalanzeiger“.

Unter den Angehörigen der Crème de la Crème im Revier war allein Konzernerbe Fritz Thyssen vom Gast begeistert. Seine Dankadresse an den Redner beendete er mit einem „Heil, Herr Hitler“. Thyssen hatte auch die Einladung betrieben.

Schon seit 1930 hatte der Ruhrindustrielle offen mit den Nazis sympathisiert. Zur Finanzierung des „Braunen Hauses“

* Mit Albert Vögler (2. v. l.), Fritz Thyssen (4. v. l.), Walter Borbet (5. v. l.) im Ruhrgebiet 1935.

in München steuerte er sechsstellige Spendenbeträge bei. Seinem „Freund Hauptmann Göring“, wie Thyssen den späteren Reichsmarschall nannte, steckte er persönlich Zehntausende zu, um diesem den „seiner Persönlichkeit angemessenen“ Lebensstil zu ermöglichen.

Die anderen Ruhrmagnaten, die, wenn überhaupt, Nazis nur relativ geringe Summen zukommen ließen, betrachteten Thyssens NS-Engagement als dessen private Angelegenheit. Ärger gab es nur, als Thyssen den Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nordwest veranlasste, den Nationalsozialisten 100 000 Mark aus einem Fonds zu spenden, der zur Unterstützung bestreikter Firmen dienen sollte. Thyssen musste, um den Rauswurf des Funktionärs durch Gustav Krupp zu verhindern, den Betrag erstatten.

Wie Göring hatten andere, vermeintlich moderate Nazi-Größen ebenfalls Gönner in der Industrie – wenn auch in bescheidenerem Maße. So erhielt NS-Wirtschaftsexperte Walther Funk spätestens seit Frühjahr 1931 vom Bergbauverein monatlich 2000 bis 3000 Mark, Organisationsleiter Gregor Strasser sogar 10 000

Mark. Vielfach verjuxten die Spendempfehlungen die Zuwendungen einfach nur. So schilderte NS-Wirtschaftsberater Otto Wagener dem „Führer“ empört, dass Funk bei einer Sauftour durch Münchner Lokale sturzbetrunken Kellner und Toilettenfrauen mit Trinkgeldern bis zu 100 Mark bedachte und dennoch überall herausgeflogen sei. Zur Enttäuschung Wageners lachte Hitler nur über Funks Eskapaden.

Bis zur Errichtung der Nazi-Diktatur blieb Fritz Thyssen der einzige Großindustrielle, der ganz und gar auf Hitler setzte. Die anderen spendeten ungleich mehr Geld für die bürgerlichen Rechtsparteien DNVP und DVP als für die suspekten NSDAP. Aber woher kam dann das Geld für Hitlers Partei?

Es waren vor allem die Beiträge, Geld- und Sachspenden, Eintrittsgelder und unentgeltlichen Arbeitseinsätze der Parteimitglieder und -anhänger selbst, die es den Nationalsozialisten von 1930 an ermöglichten, permanent Wahlkampf zu führen. Dank der Opferbereitschaft gläu-

biger Parteisolddaten war die NSDAP weit weniger auf Fremdmittel angewiesen als mitgliederschwache bürgerliche Parteien.

Als die NS-Macht installiert war, reagierten die standesbewussten Konzernlenker wie alle anderen Eliten: Sie ordneten sich geschmeidig den neuen Herren unter. Das fiel ihnen insofern besonders leicht, als sich nach der Weltwirtschaftskrise die Auftragsbücher füllten und Deutschland die Depression weit schneller überwand als die meisten anderen Industrieländer.

Während Hitler und seine Komplizen den Rechtsstaat beseitigten, die Juden verfolgten und politische Gegner terrorisierten, war in der Wirtschaft zunächst Business as usual angesagt. Ein so distinguiert Herr wie der einstige Berufsdiplomat Krupp von Bohlen und Halbach fand nichts dabei, seinen Arm zum Hitlergruß zu heben.

Der einzige Großindustrielle, der im Dritten Reich offen mit Hitler brach, war ausgerechnet jener Mann, der vor 1933 als Einziger seiner Kaste vom Führer geschwärmt hatte: Fritz Thyssen.

Am Tag des Kriegsausbruchs setzte sich der schon längst von der Gewaltpolitik der Nazis angewiderte Magnat in die Schweiz ab und ging dann nach Südfrankreich. Dort ließ die Marionetten-Regierung von Vichy das Ehepaar Thyssen 1940 festnehmen und lieferte es den rachsüchtigen Nazis aus.

Die steckten ihren einstigen Vorzeige-Industriellen und dessen Ehefrau erst in eine Nervenheilanstalt, später in die KZ Oranienburg, Buchenwald und Dachau. Während der Haft erschien ihm Ausland unter Thyssens Namen das Buch „I paid Hitler“, geschrieben von einem Journalisten, dem der Emigrant seine Karriere unter dem Hakenkreuz geschildert hatte. Nach dem Krieg blieb der Ex-Nazi zunächst in Haft – diesmal als Gefangener der Amerikaner. 1948 stufte eine Spruchkammer ihn als „minderbelastet“ ein und ließ ihn frei.

Auch Albert Vögler, den letzten der alten Revierfürsten, der bei Kriegsende noch an der Spitze seines Konzerns stand, wollten die Amerikaner internieren. Doch der Chef der Vereinigten Stahlwerke zerbiss eine Giftampulle, nachdem ihn US-Soldaten in seiner Villa festgenommen hatten.

WALTER KNIPS

barkeit kriegswichtiger Rohstoffe und über deren Produktionskapazitäten.

Zwei Jahre später, 1938, im Jahr der von Hitler inszenierten internationalen Krise, gelang der Durchbruch. Krauch, inzwischen Parteigenosse, wurde „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung beim Beauftragten des Führers für den Vierjahresplan“. Die neue Aufgabe, zu

Die Chemie des Krieges

Um seine Truppen mit **Munition, Treibstoffen und Reifen** ausrüsten zu können, muss ein Land über die natürlichen Rohstoffe Salpeter, Erdöl und Kautschuk verfügen – oder in der Lage sein, diese durch synthetische Produkte zu ersetzen. Deutsche Chemiker erwiesen sich dabei als besonders kreativ:

Durch die synthetische Gewinnung von **Ammoniak** aus Stickstoff und Wasserstoff in großen Mengen sorgte die BASF dafür, dass dem deutschen Heer im Ersten Weltkrieg das **Schießpulver** nicht ausging. Das industriell erzeugte Ammoniak ersetzte das aus Chile importierte Naturprodukt Salpeter, das zuvor als Grundstoff für die Produktion von Sprengstoff (und Düngemitteln) gedient hatte, wegen einer Handelsblockade aber nicht mehr ins Land gelangte.

Mit zunehmender Motorisierung des Heeres und wachsender Bedeutung der Luftwaffe wurden **Öl** und **Kautschuk** Rohstoffe, ohne die eine Kriegsmaschinerie nicht funktionieren konnte. Auch hier half die deutsche chemische Industrie den Militärs aus der Bredouille. Weil Deutschlands Untergrund kaum Öl, aber reichlich Braun- und Steinkohle barg, baute die I.G. Farben **Hydrier-Anlagen**, die Kohle in Benzin und andere Ölprodukte umwandelten. Und den Kautschuk für die Reifen, auf denen die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg erst nach vorn, dann zurück rollte, stellte die I.G. Farben ebenfalls synthetisch her (Handelsname des Kunstgummis: Buna).



Lagerung von synthetischem Kautschuk (Buna) 1936

SÜDD. VERLAG

DER SPIEGEL

der auch noch die Ehrenpflichten eines „Wehrwirtschaftsführers“ kamen, vertrat sich nicht nur mit der Tätigkeit als Vorstandsmitglied der I. G. 1940, auf dem Höhepunkt der deutschen Siegeszuversicht, betrauten die Kapitaleigner den „GBChem“ mit dem Vorsitz im Aufsichtsrat der I. G. Farben. Die Personalunion war perfekt.

Der militärisch-industrielle Komplex, der durch die Zusammenarbeit zwischen Großwirtschaft und Kriegerstaat entstand, verwickelte den Chemiegiganten massiver noch als viele andere Unternehmen in die

Verbrechen des Regimes. Exemplarisch dafür steht die I. G. Auschwitz.

Zuständig für das neue Buna-Werk im ostoberschlesischen Grenzstreifen wurde, wie schon für Rattwitz, Otto Ambros. Von einer mehrtägigen Erkundungsfahrt nach Auschwitz war der Buna-Spezialist Anfang Februar 1941 ein wenig enttäuscht zurückgekehrt. Nicht nur hatten die Stadt und die umliegenden Dörfer auf ihn „einen sehr schmutzigen und verwahrlosten Eindruck“ gemacht. Mehr noch be kümmerte den Manager, dass seine reichsdeutschen Gesprächspartner in den Besatzungsbehörden allesamt die „Arbeitsleistung der Polen“ als „sehr gering“ bezeichneten.

Da war es gut zu wissen, dass nahe der vorgesehenen Baustelle für „die Juden und Polen ein Konzentrationslager gebaut“ – genauer gesagt: das seit Mai 1940 bestehende KZ „vergrößert“ wurde. Denn Arbeitskräfte waren – neben Kohle, Wasser, reichlich Platz und einer guten Eisenbahnverbindung – ein entscheidender Standortfaktor, angesichts des leer gefegten Arbeitsmarktes aber besonders schwer zu beschaffen. Also musste man mit denen sprechen, die über die Häftlinge in Auschwitz geboten.

Am 6. Februar 1941 besuchten Ambros und sein Vorstandskollege Fritz ter Meer in Berlin ihren Aufsichtsratsvorsitzenden Krauch, und zwar in dessen Eigenschaft als „GBChem“. Rasch kamen sie überein, das nunmehr vierte Buna-Werk in Auschwitz zu bauen. Krauch informierte seinen Duzfreund Hermann Göring, der wiederum Heinrich Himmler. Innerhalb von nicht einmal vier Wochen hatte Ambros, was er brauchte: eine Zusage des Reichsführers SS, „das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen“. Darüber hinaus befahl Himmler, der das KZ am 1. März besichtigte – in seiner Begleitung auch „führende Herren der I. G. Farben“ –, die „Juden in Auschwitz ... raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen ... frei zu machen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen“.

Tatsächlich begannen unverzüglich die Deportationen, und schon im April stand die Stadt Auschwitz zur Hälfte leer. Bald wurde jedoch klar, dass die Entvölkerung der einstmaligen stolzen, mehrheitlich jüdischen Stadt nur der Anfang sein konnte. Bei der I. G. nämlich hielt man den gewonnenen Wohnraum für unzumutbar. „Keine Wasserversorgung, keine geordnete Fäkalbeseitigung, keine Bildungsstätte, kein deutsches Kino“, klagten Ambros und sein



SS-Delegation in Monowitz 1942*: „Kraft im Osten“

Mann vor Ort, Walther Dürrfeld, im Herbst 1941 gegenüber Krauch.

Das Schreiben sollte vorantreiben, was der Breslauer Architekt Hans Stosberg inzwischen entworfen hatte: eine monumentale „Musterstadt Auschwitz“, in der es den deutschen Volksgenossen an nichts fehlen würde. Neben einer neuen „Bereitschaftssiedlung“ für bis zu 15 000 Werker und deren Familien plante Stosberg die radikale Umgestaltung der Altstadt.

Ein paar Kilometer östlich, in Monowitz, wuchs derweil eines der größten industriellen Investitionsvorhaben des Zweiten Weltkriegs aus dem Boden – als Beitrag der I. G., wie Ambros formulierte, „für ein kräftiges, gesundes Deutschland im Osten“.

Auf der Baustelle allerdings hielt sich die Präsenz der Deutschen in engen Grenzen. Gerade ein Zehntel der 2700 Mann, die mittlerweile neun verschiedene Teilprojekte voranbrachten – längst ging es nicht mehr nur um Buna, sondern auch um Treibstoff-Synthese, Phenol-Erzeugung und Chlorchemie

* Baustellen-Inspektion mit SS-Führer Heinrich Himmler (2. v. r.) und Buna-Bauleiter Max Faust (r.).

„Hitlers Hauptauftrag an die I. G. lautete: Die Befreiung der deutschen Außenpolitik von den Fesseln, die sie an die Ölquellen und Kautschukplantagen ihrer Feinde banden.“

Joseph Borkin, US-Autor („Die unheilige Allianz der I. G. Farben“)

–, waren Fachleute aus dem „Altreich“. Etwa 1000 Beschäftigte waren Fremdarbeiter, deren Anwerbung der Konzern in den nächsten Jahren sogar in Paris und Rom betrieb. Den größten Anteil an der Baubelegschaft aber, rund die Hälfte, stellten im ersten Jahr die Häftlinge aus dem benachbarten KZ.

Dass der Bedarf an Bauhäftlingen auch in den beiden kommenden Jahren nicht abreißen würde, hatte Dürrfeld dem Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höß, schon in den ersten Verhandlungen signalisiert. Damals, im Frühjahr 1941, hatte man sich in „herzlichem Einvernehmen“ gegenseitig „jede mögliche Hilfe“ zugesagt und die Bedingungen des Häftlingseinsatzes festgelegt: vier Reichsmark pro Tag und Facharbeiter, drei für jeden Hilfsarbeiter.

Zwar schätzte Dürrfeld die Arbeitsleistung der KZ-Insassen nur „auf 75 Prozent eines normalen deutschen Arbeiters“, aber er war mit dem Geschäft ganz offenbar zufrieden: „In diesen Kosten ist alles einbegriffen, Transport, Verpflegung u.s.w. Über diese Kosten hinaus fallen keinerlei Unkosten für uns für die Häftlinge an, es sei denn, dass zum Ansporn dann und wann kleine Vergütungen (Zigaretten u.s.w.) gegeben werden.“

Im Winter 1941/42 war die allgemeine Zuvorsicht verfliegen. Denn nicht nur herrschte in Monowitz gewaltiger Termindruck, auch die Zusammenarbeit mit der Lager-SS hatte sich eingetrübt. Die nämlich hatte das Angebot der I. G., bei der Materialbeschaffung für die Erweiterung des KZ behilflich zu sein, allzu großzügig interpretiert und ein eigenes Bauprogramm über sieben Millionen Reichsmark aufgelegt; bei zwei Millionen setzten die Werksdirektoren nun ein Limit.

Die Episode illustriert, wofür die Geschichte der I. G. Auschwitz nur ein Beispiel unter vielen ist: Anders als die deutsche Industrie seit 1945 verbreitete, stand sie keineswegs ohnmächtig unter der Kuratel der SS, bestimmte Himmler beim Handel mit den Häftlingen nicht allein die Geschäftsbedingungen. Im Falle des Farben-Trusts war das Machtverhältnis sogar eher umgekehrt.

Als der Nachschub von Arbeitskräften aus dem KZ Auschwitz wiederholt stockte und im Sommer 1942 wegen einer Fleckfieber-Epidemie vorübergehend völlig zum



I. G.-Farben-Vorstand Krauch*
Experten im Angebot

Chemie-Monster I.G. Farben

1904

Die Farbenhersteller BASF, Bayer und Agfa schließen sich zum „Dreibund“ zusammen. Sie bleiben selbständig, treffen aber wettbewerbsbeschränkende Absprachen. Die Konkurrenten Hoechst, Cassella und Kalle gehen 1907 ebenfalls ein Bündnis ein.

1916

Beide Gruppen gründen die Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken („Kleine I.G.“). Die nach wie vor selbständigen Firmen koordinieren Produktion und Absatz.

1925

Gründung der Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I.G. Farben). Durch die Fusion von BASF, Bayer, Hoechst, Agfa und weiteren Firmen entsteht der größte Chemiekonzern der Welt mit über 83 000 Beschäftigten.

1928/29

Gründung von Auslandsgesellschaften (unter anderem in den USA und der Schweiz). Der Chemietrust sichert seine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt durch Kartellabsprachen mit anderen europäischen sowie mit japanischen und amerikanischen Herstellern ab.

1941

Baubeginn der „I.G. Auschwitz“ zur Produktion von synthetischem Kautschuk und Öl.

1945

Die Alliierten beschlagnahmen das gesamte Vermögen des Konzerns.

1947

Beginn der Kriegsverbrecherprozesse gegen 24 I.G.-Farben-Manager und andere deutsche Unternehmer (prominenteste Angeklagte: Friedrich Flick und Alfred Krupp).

1948

Haftstrafen für vier I.G.-Manager wegen Verklavung von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung; Haftstrafen für acht I.G.-Manager wegen wirtschaftlicher Ausplünderung in den besetzten Gebieten; ein Schuldspruch in beiden Punkten.

1952

Zerschlagung der I.G. Farben (Nachfolgegesellschaften: BASF, Bayer und Hoechst).

Erliegen kam, forcierten die Manager in Monowitz ein Projekt, das allen späteren Bekundungen, unter dem Druck der SS gestanden zu haben, Hohn sprach: Um die Häftlingskommandos nicht zweimal täglich auf den kilometerlangen, zeitraubenden und kräftezehrenden Marsch vom Konzentrationslager zur Baustelle und zurück schicken zu müssen, planten sie, diese direkt am Einsatzort zu internieren. Die I. G. baute ihr privates KZ.



„Zyklon B“-Behälter in Auschwitz
Tod vom Chemiegianten

Fünf Millionen Reichsmark ließ sich der Konzern das doppelt umzäunte, elektrisch gesicherte und von der SS bewachte „Lager Buna“ kosten, das Ambros eine halbe Dekade und ein Moralsystem später als „groß angelegt, geheizt und hygienisch“ in Erinnerung hatte. Derart komfortabel jedoch waren nicht einmal die Unterkünfte für die Mehrzahl der knapp 5000 deutschen „Gefolgschaftsmitglieder“ und schon gar nicht die Baracken der, in der üblichen rassistischen Abstufung, getrennt nach Nationalitäten untergebrachten 15 000 „fremdvölkischen“ und „fremdländischen“ Arbeiter.

Mitten in einem Krieg, in dem die Wehrmacht längst in der Defensive kämpfte, Millionen sowjetischer Kriegsgefangener verhungert waren und sieben Kilometer weiter westlich der Genozid an den europäischen Juden auf vollen Touren lief, konzipierten die Ingenieure der I. G. – in klarem Gegensatz zu Himmlers Vorstellungen von einer einfachen Rohstoffproduktion für Rüstungszwecke – in Monowitz für mehr als eine halbe Milliarde Reichsmark ein multifunktionales, nachkriegstaugliches „Großwerk der deutschen chemischen Industrie“. Im Spätsommer 1944 war es schließlich so gut wie produktionsbereit. Doch da kamen, am helllichten Tag, die „Fliegenden Festungen“ der Amerikaner. Für Häftlinge und Zwangsarbeiter bedeuteten die Bomberverbände Hoffnung auf baldige Befreiung und Gefahr zugleich, denn in die Schutzräume auf dem Werks Gelände durften sich nur die deutschen Belegschaftsangehörigen flüchten. Trotz der erheblichen Schäden, die 300 Tonnen Sprengstoff angerichtet hatten, drängte die

* Nach seiner Verhaftung (1947).

Betriebsleitung weiter kompromisslos auf die Fertigstellung der Anlagen. Nach zwei weiteren Fliegerangriffen im Dezember 1944 sollte die Buna-Produktion schließlich Mitte Februar 1945 angefahren werden.

Mitte Januar jedoch begannen sich die Reichsdeutschen vor der sowjetischen Großoffensive aus Ostoberschlesien abzusetzen. Am 27. Januar 1945 marschierte die Rote Armee in Auschwitz ein; seit 1996 gedenken die Deutschen auf Anregung von Roman Herzog an diesem Tag der Opfer des Nationalsozialismus.

Während der letzten Monate in Monowitz hatte I. G.-Manager Dürrfeld einen

schiene, um anstatt direkt ins Gas, zur Arbeit nach Monowitz geschickt zu werden. Kaum einer dieser Arbeitsklaven überlebte die extremen Bedingungen länger als ein paar Wochen.

Von den im Laufe der Bauarbeiten in Monowitz insgesamt eingesetzten 35 000 KZ-Häftlingen starben etwa 25 000: viele davon zu Tode erschöpft direkt auf dem Gelände der I. G., andere – nach entsprechender Selektion im Häftlingskrankenbau des konzerneigenen KZ – in den Gaskammern von Auschwitz. Ein rentierliches Geschäft, das haben die Untersuchungen des jungen Historikers Bernd Wagner ergeben,

mus in die Hände gefallen waren. Den Blick auf die konkreten Verbrechen überließ man drei Richtern aus Amerika.

Untersuchungen gegen den Farben-Trust, der natürlich auch in den USA operierte, waren dort schon während des Krieges im Rahmen der Antikartellpolitik angefallen. Doch die Vorbereitungen für eine Anklage begannen erst nach Abschluss des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg, gegen Jahresende 1946, als deutlich war, dass dem „Hauptkriegsverbrecherprozess“ keine weiteren gemeinsamen Verfahren der zerfallenden Anti-Hitler-Koalition folgen würden. Ziel der zwölf so ge-

Kurs gesteuert, in dem sich Realitätsverlust, Durchhalte-Fanatismus und exaltierte Selbststilisierung in einer Weise vermengten, wie sie auf den Führungsebenen auch der Industrie nun häufiger anzutreffen war. Gegen alle Moral, aber auch gegen alle Rationalität, auf die man sich in der Wirtschaft ansonsten viel zugute hielt, kalkulierte der Betriebsführer am Ende ganz offen den „Verbrauch“ der auf der Baustelle eingesetzten KZ-Häftlinge.

Als im Sommer 1944 in Birkenau die Ermordung Hunderttausender ungarischer Juden begann, zählte auch das Leben der wenigen nichts mehr, die kräftig genug er-

war der Häftlingseinsatz im Übrigen nicht. Doch er nützte dem Konzern insofern, als andere Arbeitskräfte in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung standen. Es war interessanterweise allenfalls diese Frage des „Profits“, den die I. G. in Auschwitz erwirtschaftet hatte oder auch nicht, mit der man sich im Nachkriegsdeutschland befassen mochte: im Osten zum Zwecke der Agitation gegen einen vorgeblich prinzipiell mörderischen Kapitalismus; im Westen um darzutun, welche Werte dem Bolschewis-

Ungarische Juden in Auschwitz (1944)
Genozid vor dem Werkstor



nannten Nürnberger Nachfolgeprozesse, die die Amerikaner nun im Alleingang auf den Weg brachten, war – mehr noch als die Abrechnung mit der SS – die exemplarische Auseinandersetzung mit führenden Vertretern der deutschen Funktionselemente in Staat und Justiz, Wehrmacht, Wissenschaft und Wirtschaft.

Bei den Unternehmen konzentrierten sich die Amerikaner auf drei große Namen: Krupp, Flick und die I. G. Farben. Das gesamte Feld des Zusammenwirkens von Wirtschaft und NS-Staat vermochte diese Auswahl nicht abzubilden – beispielsweise blieben die Banken, anders als



I. G.-Farben-Haus in Frankfurt: Teil des Verbrechens

mit den Briten, die ihn im Spätsommer 1945 zu ihrem Berater machten, auf Druck der Amerikaner plötzlich in der Internierung wiederfand. Und mancher Unternehmer, der inzwischen schon wieder wirtschaftete, als sei nichts geschehen, rieb sich verwun-

germonie und „Lebensraum“ identifiziert hatten. Sie waren darüber Teil des Verbrechens geworden – und wenigstens ein Teil von ihnen sollte dafür vor Gericht.

Nach dem Ende des Hauptprozesses in Nürnberg bereiteten zwölf US-Ankläger, un-

noch 1945 vorgesehen, am Ende so gut wie unberücksichtigt, obwohl ihre Bedeutung für Aufrüstung und „Arisierung“ auf der Hand lag. Doch keineswegs konnte, wie später gern behauptet wurde, die Rede davon sein, die USA hätten im Kalten Krieg alles Interesse daran verloren, Hitlers Manager zur Rechenschaft zu ziehen.

Im Gegenteil mussten 1945/46 nicht wenige erfahren, mit wie viel Kenntnis und Konsequenz die amerikanischen Spezialteams ermittelten. Hermann Josef Abs etwa, der starke Mann der Deutschen Bank, schien einigermaßen irritiert zu sein, als er sich nach ein paar freundlichen Interviews

dert die Augen, als er nach einem Spruchkammerverfahren seinen Posten verlor.

Auch wenn es in den Wirren der ersten Nachkriegswochen mancherorts vielleicht so ausgesehen haben mochte: Für „business as usual“ war keine der Besatzungsmächte zu haben. Zu frisch war die Erinnerung daran, mit welcher Verve die deutsche Wirtschaft sich Hitler an den Hals geworfen hatte. Und allzu oft hatten Deutschlands Unternehmer im okkupierten Osten, aber auch im Westen demonstriert, dass sie dem Nationalsozialismus nicht nur ihre Fähigkeiten geliehen, sondern sich mit den ideologisch begründeten Ansprüchen auf He-

terstützt von einer Hand voll Mitarbeiter, die Auseinandersetzung mit den führenden Köpfen der I. G. Farben vor. I.G.-Farben-Manager Fritz ter Meer und einige weitere Vorstandsmitglieder befanden sich seit Frühsommer 1945 in alliierter Gewahrsam, Walther Dürrfelds wurden die Amerikaner gegen Jahresende habhaft. Otto Ambros hingegen übergaben die Franzosen erst Tage vor Prozessbeginn.

In gewisser Weise war Ambros dadurch ins Hintertreffen geraten, denn er hatte die sorgfältigen Beratungen versäumt, in denen seine länger internierten Kollegen unter der rigiden Leitung Fritz ter Meers ihre



US-Luftangriff auf das Buna-Werk Monowitz (1944): Ende unter 300 Tonnen Bomben

DIE GEGENWART DER VERGANGENHEIT

Erklärungen aufeinander abgestimmt hatten. Wer dabei Schwächen zeigte, wie Georg von Schnitzler, wurde unter Druck gesetzt, die „Vorstandsinteressen“ nicht zu vergessen. Als der Prozess gegen Ambros, Dürrfeld, Krauch, ter Meer und 20 weitere I.G.-Manager am 27. August 1947 begann, waren vor allem die Aussagen zu Auschwitz exakt justiert.

So bestritten die Angeklagten, dass bei der Standortwahl für das vierte Buna-Werk die Frage des Häftlingseinsatzes von Bedeutung gewesen sei. Sie behaupteten, sie seien von der SS genötigt worden, KZ-Häftlinge zu verwenden – und hatten nichts gewusst von den Vergasungen in Birkenau (für die eine I.G.- und Degussa-Tochter namens Degesch das Zyklon B geliefert hatte).

Lediglich zwei- oder dreimal wollte Dürrfeld einen „besonderen Geruch“ bemerkt haben, als er in Auschwitz Richtung Westen fuhr. Während sein Fahrer

wusste, „dass dies vom Krematorium kam, wo, wie die Leute sagten, Leichen verbrannt wurden“, habe ihn ein SS-Mann beruhigt: Schuld sei die „hohe Sterblichkeitsrate im Lager“ gewesen, „wegen der Typhus-Epidemie, die aus dem Osten kam“.

Doch weder taktisches Leugnen und ein gesäubertes Firmenarchiv noch eine Armada von 87 Verteidigern konnten verhindern, dass das Gericht nach 152 Verhandlungstagen klare Schuldsprüche fällte: nicht allein wegen der Plünderung ausländischen Eigentums und des massenhaften, als „Kriegsverbrechen“ gewerteten Einsatzes von Zwangsarbeitern in den Niederlassungen der I. G., sondern auch und vor allem wegen der in Monowitz begangenen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Die Hauptverantwortlichen bekamen am 30. Juli 1948 Höchststrafen von acht

(Ambros und Dürrfeld) beziehungsweise sieben (ter Meer) und sechs Jahren Gefängnis (Krauch). 10 der verbliebenen 23 Angeklagten sprach das Militärtribunal frei, die übrigen 9 erhielten Haftstrafen zwischen 18 Monaten und 5 Jahren. Hatte ein Großteil der Deutschen das Urteil im Nürnberger Hauptprozess seinerzeit noch akzeptiert, lehnten weite Teile der deutschen Öffentlichkeit die neuen Schuldsprüche ab – als „Siegerjustiz“ und „Kollektivschuldvorwurf“.

Hans-Georg von Studnitz, der die Nürnberger Nachfolgeprozesse für die „Zeit“ be-



Israelische Besucher in Auschwitz: Gräuël der Epoche

obachtete, schrieb, diese Verfahren dienten dazu, die 1945 von Amerikanern und Russen verfügte Zerschlagung der deutschen Wirtschaft zu rechtfertigen. Viele – auch kleine – Aktionäre und Pensionäre der I. G. seien dadurch geschädigt worden.

„Beschämend“ an dem „Monsterprozess“ erschien dem „Zeit“-Berichterstatter, „dass der größte und angesehenste deutsche Industriekonzern, dazu noch der Erzeuger von Mitteln, die die Menschheit von Geißeln wie der Malaria und der Schlafkrankheit befreit haben, im Zusammenhang mit Dingen genannt wird, die zu den fürchterlichsten Gräueln der abgelaufenen Epoche gehören“. Welche Gräuël das waren, erläuterte von Studnitz so wenig wie der SPIEGEL, der die Legitimität der Industrieprozesse überhaupt in Zweifel zog.

Angesichts einer solchen öffentlichen Stimmung konnten die in Landsberg einsitzenden Industriekapitäne seit Gründung der Bundesrepublik auch in der Politik auf Fürsprecher hoffen: von Konrad Adenauer über Theodor Heuss bis zu Herbert Wehner.

Carl Krauch, Otto Ambros und Fritz ter Meer wurden, ebenso wie ihr „Schicksalsgenosse“ Friedrich Flick, bereits im Sommer 1950 auf Grund neuer Anrechnungsregeln für „gute Führung“ entlassen. Vollends erledigte sich das Problem der „industriellen Kriegsverbrecher“ (Heuss), als der amerikanische Hohe Kommissar

John McCloy Ende Januar 1951 einen Großteil der Landsberger Häftlinge begnadigte; auch Alfred Krupp von Bohlen und Halbach und acht seiner Mitarbeiter kamen nun frei.

Die Erfahrung dieser Zwangspause im Rücken, hielten sich die Manager des Wiederaufbaus mit Selbstzweifeln nicht auf, allerdings auch nicht mit politischer Fundamentalopposition – im Unterschied zu 1918. Vielleicht war dafür, so paradox es klingen mag, ein Hauptgrund das außerordentlich hohe Maß an – wiederhergestellter – Kontinuität.

Auch da ging die I. G. Farben, obwohl auf Druck der Alliierten 1952 doch noch „zerschlagen“, voran: Bei der BASF, bei Bayer oder bei Hoechst (um nur die wichtigsten der Nachfolgegesellschaften zu nennen) begegnete man längst wieder alten Führungskräften, und überall wurden glänzende Geschäfte gemacht. Das Anlagevermögen der „Großen Drei“ lag 1955 mit gut zwei Milliarden Mark fast um das Dreieinhalbfache über dem der I. G. im Siegjahr 1940; die Bilanzsumme hatte sich mit fast vier Milliarden Mark mehr als verdoppelt.

Otto Ambros beriet die Bundesregierung nach seiner Entlassung aus amerikanischer Haft bei der Neuordnung der süddeutschen I.G.-Werke. Wo er auftrat, wurde die Vergangenheit diskret beschwiegen, jedenfalls von seinen Generationengenossen. Im Frankfurter Auschwitz-Prozess trat er 1965 als Zeuge auf. Mit Blick auf seine Nachkriegshaft sagte er: „Mir ist heute noch unklar, warum ich verurteilt wurde.“

NORBERT FREI

lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Frei, 46, schrieb jüngst ein Buch über „Vergangenheitspolitik“ – die Aufarbeitung der NS-Zeit in den frühen Jahren der Bonner Republik.



H. A. FRIEDRICHS / AGENTUR HANMANN